

Faschismus, Militarisierung und Krieg Historische Parallelen zur Gegenwart

1. Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!
2. Erscheinungsbild und Programmatik der AfD
3. Programmatik der AfD und Außenpolitik der aktuellen Regierung
4. Rechtsradikale und faschistische Tendenzen weltweit
5. Ursachen für Rechtsentwicklung und Faschismusgefahr
6. Protest und Widerstand
7. Wozu braucht es die AfD?
8. Wann und wozu braucht es Faschismus?
9. Faschismus im 21. Jahrhundert

1. Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Das war die zentrale Losung meiner politischen Sozialisation

Als ich 1971 in München anfang zu studieren, war an den Unis und Hochschulen noch viel von der 68er Stimmung vorhanden. Gleichzeitig tummelten sich dort übelste Burschenschaften, darunter schlagende Verbindungen, die von den Hochschulleitungen Räume für ihre Veranstaltungen bekamen. Da habe ich zum ersten Mal Angst vor Nazis gehabt, als ich mit anderen versucht habe, Räume zu blockieren. Nach meinem Studium war ich in antifaschistischen Organisationen aktiv. Damals war die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) ziemlich stark. 25 Jahre nach dem Ende des Faschismus lebten noch viele Nazis. Einen Neuanfang hatte es nicht gegeben. Viele alte Nazis waren in wohldotierten Ämtern, in der Medizin, in Gerichten und auch in den Parlamenten vertreten.

Wer gegen faschistische Zusammenrottungen protestierte und versuchte, solche Veranstaltungen zu verhindern, bekam es mit der Polizei zu tun.

Damals machte ich Erfahrungen, die sehr an manche Situationen heute erinnern. Einmal versuchten wir, den Zugang zu einer NPD-Versammlung in einer großen Gaststätte an der Münchner Freiheit zu blockieren. Auch damals hat die Polizei den Nazis den Weg frei geprügelt.

In den 70er und 80ern beteiligte ich mich an bundesweiten Protesten gegen das Wiedererstarken von Nazis. Damals organisierten sich SS-Verbände neu. An eine Demo, ich glaube in Frankfurt, erinnere ich mich. Das Motto war nach B. Brecht: „Der Schoß ist fruchtbar noch“. Die VVN hatte mobilisiert. Einige Zehntausend waren gekommen.

Den Kampf gegen die Remilitarisierung in den 50er Jahren kannte ich nur aus der Literatur. In einer konservativen Familie aufgewachsen, hatte ich nie etwas von FDJ- und KPD-Verbot und vom Verbot der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung gehört.

In den 80er Jahren beteiligte ich mich an den großen Demos gegen die Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen. Aber dass Deutschland sich wieder an Kriegen beteiligen würde, hielt ich damals für unwahrscheinlich. Faschismus war für mich eine reale Gefahr, Krieg weniger.

Das änderte sich für mich mit der Beteiligung Deutschlands am Krieg gegen Jugoslawien 1999. Dass deutsche Bomber zum dritten Mal im 20. Jahrhundert jugoslawische Orte zerstörten, war für mich eine Zäsur. Dass die deutsche Regierung unter rot-grün bereit war und von der eigenen Bevölkerung nicht daran gehindert wurde, wieder zum Mittel des Krieges zu greifen, veränderte auch meinen politischen Fokus. Mit der Beteiligung an diesem Krieg war die Allgemeingültigkeit des Schwurs von 1945: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! In Frage gestellt. Von Deutschland aus konnte Krieg gehen ohne faschistische Verhältnisse.

Seitdem engagiere ich mich schwerpunktmäßig friedenspolitisch und verfolge die Programmatik rechter und faschistischer Organisationen in Bezug auf Militarisierung und Krieg.

2. Erscheinungsbild und Programmatik der AfD

a) Erscheinungsbild

Die AfD tritt immer wieder auf Friedensdemos auf und inszeniert sich als Friedenspartei. Mit Friedenstauben und durchaus richtigen Losungen wie „Diplomaten statt Granaten“ und „Ami go home“ versucht sie in der Friedensbewegung Fuß zu fassen. Die AfD stimmt Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht grundsätzlich zu. Sie macht die Zustimmung davon abhängig, ob es „vitalen“ deutschen Interessen nutzt. (Sie stimmte für den Einsatz im Roten Meer, weil für Deutschland der Zugang zu Rohstoffen und die Absicherung von Transportwegen unverzichtbar sei.)

Dieses friedenspolitische Blinken macht die AfD jedoch nicht zu einer Friedenspartei. Eine Friedenspartei müsste sich konsequent und generell gegen militärische Problemlösungen, Aufrüstung, Rüstungsexporte, die Wehrpflicht und das Militär positionieren.

b) Programmatische Aussagen

Während die letzte und die aktuelle Regierung die Militarisierung der BRD entweder im Kontext der NATO beziehungsweise der EU vorantreiben, fordert die AfD die Wiederherstellung der militärischen Stärke der „Mittelmacht Deutschland“ im „nationalen Rahmen“ als Basis einer „selbstbewussten“ Außenpolitik. Mehr Geld für die Bundeswehr, die nationale Rüstungsindustrie stärken, die Wehrpflicht wieder aktivieren und als den deutschen Interessen dienlich empfundene Auslandseinsätze befürworten. Die AfD setzt auf militärische Schlagkraft. Schon 2016 hatte die AfD die Forderung nach militärischer Schulung „für alle männlichen Staatsbürger im Alter zwischen 18 und 25 Jahren“ in ihr Grundsatzzprogramm aufgenommen. Das Ziel lautet, „dass sich die Bevölkerung mit ‚ihren Soldaten‘ und ‚ihrer Bundeswehr‘ identifiziere“. Im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2025 forderte Parteichefin Weidel eine zweijährige Wehrpflicht. (Die Stimme, die ich kommandiert, Jakob Reimann, jW 10.6.26, S. 8)

Die „deutsche Nation“ zu erhalten und zu stärken ist zentrales Ziel. Die AfD sieht die Notwendigkeit, Deutschland gegen Vereinnahmung von Außen und vermeintliche Zersetzung von Innen zu verteidigen. Sie steht für ein militärisch eigenständiges, aus der Abhängigkeit von der einstigen Siegermacht USA befreites Deutschland. Die AfD will die militärische Stärke zurückerobern, die ihren Überlegenheitsfantasien und dem Größenwahn gerecht werden. Damit die „bedeutende“ deutsche „Nation“ als Träger der „europäischen Zivilisation“ endlich wieder eine Armee hat, die sie von der Weltmacht Deutschland träumen lässt. Die AfD betreibt nationalistische Machtpolitik. (alle Zitate aus dem Parteiprogramm der AfD)

c) Deutsche Großmachtpläne und das Verhältnis der AfD zur NATO

Da Deutschland, laut AfD, bis auf Weiteres (!) nicht immer (!) alleine seine Interessen durchsetzen könne, sei es bis auf Weiteres auf die NATO angewiesen. Um aber die nationale Schlagkraft auszubauen, müsse der europäische Pfeiler der NATO gestärkt werden.

In Bezug auf Russland gibt es widersprüchliche Aussagen von der AfD. Einerseits wird gefordert, Deutschland solle sich dafür einsetzen, dass mit Russland verhandelt wird, um den Krieg zu beenden. Dazu passt die Äußerung von Alice Weidel, der Ukrainekrieg sei ein Wirtschaftskrieg, den die USA gegen Deutschland führe. Andererseits werden aber auch deutsche Interessen an Russlands Rohstoffen benannt. Russland verfüge über die in Deutschland dringend benötigten Rohstoffe in mehr als ausreichenden Mengen, heißt es in programmatischen Schriften der AfD. Eine offene Feindbildpropaganda der AfD gegen Russland ist im Moment nicht auszumachen. Vielleicht ist das auch der Wählerschaft in Ostdeutschland geschuldet, die traditionell ein positiveres Russlandbild vertritt.

Welche deutschen Kapitalinteressen heute zu einem von Deutschland ausgehenden imperialistischen Krieg führen könnten, müsste genauer untersucht werden. Gibt es diese deutschen Kapitalfraktionen, die zum 2. Weltkrieg gedrängt haben, heute noch? Oder sind durch die weltweite Globalisierung die Monopole so international, dass sie nicht mehr als nationale Kapitalvertreter zu erkennen sind? Rheinmetall, als großer deutscher Rüstungskonzern fungierend, benennt auf seiner Webseite von den 6 größten institutionellen Anlegern 4 aus den USA, darunter Goldman Sachs und Blackrock, die 2 aus Europa kommen aus Frankreich und der Schweiz.

Jenseits von programmatischen Erklärungen, die für eine breitere Öffentlichkeit bestimmt sind, sind Äußerungen des Arbeitskreises Verteidigung der AfD-Bundestagsfraktion deutlicher. Dazu muss man wissen, dass es in der AfD-Fraktion des Bundestages überproportional viele ehemalige Berufs- und Zeitsoldaten gibt (etwa 15 %). Bei der Mitgliedschaft ist der Prozentsatz noch höher. In den Veröffentlichungen dieses Arbeitskreises heißt es z.B. zur NATO, es gäbe „zur Zeit keine gleichwertige Alternative“. „Die nuklearen Fähigkeiten der Partner“ stellen eine „wesentliche Komponente der militärischen Abschreckung dar“. Deutschland habe „ein vitales Interesse an der Teilhabe dieser Fähigkeit, bis eine gleichwertige Alternative zur Verfügung steht.“ (Keine gute Vorstellung, die Finger der AfD am Abzug). „Deutschlands geographische Lage und wirtschaftliches Gewicht rechtfertigen einen militärischen Führungsanspruch unter den europäischen NATO-Partnern in Europa.“

Endgültig in faschistische Jargon angekommen sind Aussagen wie „...Die Bundeswehr pflegt einen starken Korpsgeist, ihre Traditionen und deutsche Werte. Die Tugenden des Soldaten sind Ehre, Treue, Kameradschaft und Tapferkeit. Die Bundeswehr lebt die besten Traditionen der deutschen Militärgeschichte“.

(Alle Zitate in diesem Kapitel – auch zum AK Verteidigung - sind dem Artikel „Die Friedensbewegung und der Antifaschismus“ von Ulrich Sander, Marxistische Blätter 2/23 entnommen).

Der enge Zusammenhang zwischen Faschismus und Militarismus ist unübersehbar. Zum Machterhalt nach innen und außen ist der Polizei- und Militärapparat unverzichtbar. Gehorsam und Untertanengeist beim Militär sind eng verschwistert mit Führerprinzip und Volksgemeinschaft in faschistischen Organisationen.

3. Programmatik der AfD im Verhältnis zur Außenpolitik der aktuellen Regierung

Die AfD hatte schon 2019 gefordert, das Grundgesetz zu ändern, um eine Ausnahme von der Schuldenbremse für die Aufrüstung zu ermöglichen. Die alte Bundesregierung hat, nach ihrer Abwahl, die Forderung der AfD erfüllt. Die Trump-Forderung nach 5% des BIP für die Rüstung hat die AfD in der BRD als erste übernommen. Künftig sind Ausgaben für Rüstung und Militär fast bis zur Hälfte des Bundeshaushaltes schuldenfinanziert möglich. Was das an Kürzungen in allen Bereichen der Daseinsvorsorge bei Bildung, Gesundheit, Mieten, Umwelt usw. bedeutet, ist hier heute nicht Thema.

Wesentliche Aussagen der aktuellen Koalitionspolitiker erinnern an faschistische Wortwahl. Pistorius, SPD-Verteidigungsminister, fordert Kriegstüchtigkeit. Ein Begriff, der aus dem Wortschatz der Nazis kommt, von Joseph Goebbels, Reichsminister für Propaganda und Volksaufklärung, mehrfach verwendet und gefordert.

Merz, CDU-Kanzler, bezeichnet den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA auf den Iran als Drecksarbeit in deutschem Interesse. Damit knüpft er nahtlos an zutiefst rassistische und menschenfeindliche Vorstellungen der Nazis an. Die UNO als Konsequenz aus dem 2. Weltkrieg und die Erklärung der Menschenrechte erklärt er zur Makulatur.

Julia Klöckner (CDU) wandte sich im Wahlkampf Anfang 2025 an ihre potentielle Wählerschaft mit dem Satz: „Für das, was ihr wollt, müsst ihr nicht AfD wählen.“

Zweifelloos gibt es große Überschneidungen zwischen der Politik der herrschenden Parteien und der Programmatik der AfD.

4. Rechtsradikale und faschistische Tendenzen weltweit

Ich nenne nur einige Beispiele:

In Italien ist eine Koalition mit Faschisten an der Regierung, in Frankreich droht ein Wahlsieg ähnlicher Gruppierungen, in vielen europäischen Ländern gibt es eine besorgniserregende Rechtsentwicklung.

In Lateinamerika erobert ein Rechtsradikaler nach dem anderen, mit tatkräftiger Unterstützung der USA, die Regierungsgewalt.

In den USA ist ein Präsident an der Macht, der sich offen über Recht und Gesetz hinwegsetzt. Sowohl innenpolitisch mit seinen ICE-Banden als auch außenpolitisch mit Kidnapping, Angriffskriegen und der angekündigten Zerstörung des UNO-Sicherheitsrates ist er ein Monster, das bisher von niemandem aufgehalten wird. Ein US-Präsident, der sich als Jesus und Erlöser inszeniert, ein US-Kriegsminister, der sich als Kreuzritter versteht – und eine deutsche Außenpolitik, die diesen Typen schmeichelt.

So unterschiedlich die Situation in den verschiedenen Ländern ist, gibt es doch „verbindende Merkmale: ein ethnisch definierter Nationalismus, die Leugnung von Klassengegensätzen, die Forderung nach Identifikation, Einsatz und Opferbereitschaft für das Land, die Nation, den Standort.“ (Gerd Wiegel, Z 146, Von Meloni bis Trump)

5. Ursachen für Rechtsentwicklung und Faschismusgefahr

Ich gehe von dem Begriff der verschärften Krise als Nährboden für faschistische Entwicklungen aus. Dabei geht es sowohl um die ökonomische Krise als auch um weitere Krisenerscheinungen wie Umwelt- und Klimakrise und die Krise der politischen und gesellschaftlichen Repräsentation. Dazu nur ein paar Stichworte:

- Seit der Wirtschaftskrise in den Jahren 2008/2009 hat sich die ökonomische Entwicklung nicht wirklich erholt. Offensichtlich handelt es sich um mehr als eine normale zyklische Überproduktionskrise des Kapitalismus. Die Verwertungsbedingungen des Kapitals werden schwieriger und setzen immer mehr auf Bereiche der sozialen Strukturen (Beispiel: Bildung, Renten, Gesundheit). Die Profite, die aus diesen Bereichen gezogen werden, verschlechtern die Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschen auch in den Ländern des entwickelten Kapitalismus und in den imperialistischen Zentren.

- Das führt zunehmend zur Verarmung größerer Teile der Gesellschaft (siehe aktuelle Zahlen zu Bremen, nahezu 25 % Kinder- und Jugendarmut etc.). Folge davon ist, dass sich immer mehr Menschen nicht vertreten fühlen, egal welche Parteien gerade an der Regierung sind. Ihre Distanz gegenüber „denen da oben“ drücken sie unterschiedlich aus. Die Wahlbeteiligung sinkt fast überall. Wenn noch gewählt wird gehen viele Stimmen an rechte Rattenfänger, die sich als Alternative zum herrschenden Parteien- und Regierungssystem verkaufen. Nachdem seit Frau Thatcher die Neoliberalen mit der Aussage herrschen, es gäbe keine Alternative, gibt es jetzt – scheinbar – eine Alternative.

- Die Angst vor sozialem Abstieg bis hin zu Armut ist berechtigt.

- Die Angst vor der Zerstörung der lebensnotwendigen Umweltbedingungen, die in den letzten Jahren v.a. junge Menschen bewegt und zu einer großen Protestbewegung geführt hat, hat nicht zu politischen Konsequenzen zum Schutz der Umwelt geführt. Die Reaktion darauf ist eine große Resignation. Das erleben wir immer wieder bei Aktionen auf der Straße, z.B. unseren Mahnwachen. Immer wieder die Haltung: „Es nutzt ja alles nichts. Auf uns kleine Leute hört sowieso niemand. Die Herrschenden machen Politik im Sinne und zum Nutzen einiger weniger. Ich mische mich da nicht mehr ein. Ich kümmere mich nur noch um mich und meine Familie“. Soweit viele Reaktionen. Der im Grundgesetz vorgesehene Souverän meldet sich ab.

6. Protest und Widerstand

Trotz der beschriebenen Krisenerscheinungen ist im Moment nicht sichtbar, dass der Konsens mit dem herrschenden System von einem größeren Teil der Gesellschaft aktiv in Frage gestellt wird. Es gibt weder Massendemonstrationen gegen Sozialabbau und Aufrüstung, geschweige denn Massenstreiks gegen diese Zumutungen. Politischer Streik gilt ja in Deutschland als verboten, was eine absurde Begrenzung der Rechte der Mehrheit der Bevölkerung darstellt. Solange die Bevölkerung akzeptiert, dass sie die Krisenlasten trägt und dass der Reichtum der Wenigen immer größer wird (siehe aktueller Reichtumsbericht – die BRD an 3. Stelle der Anzahl der Superreichen), solange braucht es keinen nackten Terror.

Die politischen Auseinandersetzungen bewegen sich also im Moment durchaus im Rahmen der parlamentarischen Demokratie. Das ist kein Trost und keine Beruhigung. Auch die Nazis haben im Rahmen dieses Systems die Macht übertragen bekommen.

Wenn für den Machterhalt eine Fortsetzung und vielleicht Verschärfung des Abbaus sozialer und demokratischer Rechte notwendig ist, kann man sich das durchaus im herrschenden System, im Rahmen der bürgerlichen Verfassung, vorstellen. In Italien sehen wir, wie das funktionieren kann. Teile der italienischen Regierung mit der Ministerpräsidentin Meloni kommen aus faschistischen Zusammenhängen, die Mussolini feiern. Solange aber Meloni außenpolitisch den NATO-Kurs unterstützt und innenpolitisch ohne systemgefährdende Proteste den Abbau sozialer und politischer Rechte vorantreiben kann, funktioniert das „Konsens“-Prinzip. Mit der rassistischen Politik gegenüber Geflüchteten gelingt es der Regierung, einen Sündenbock zu schaffen. Der Rassismus verschleiert die tatsächlichen Gegensätze.

Selbst wenn der Machterhalt für die Kapitalherrschaft in Gefahr scheint, gibt es im Rahmen der bürgerlichen Demokratie Werkzeuge gegen eine aufständische Bevölkerung. Die Notstandsgesetze (1968) der BRD sehen dafür eine breite Palette von Freiheitsbeschränkungen vor. Vom Spannungsfall bis zum Verteidigungsfall ist festgelegt, wann die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden kann.

Erst wenn der Machterhalt nicht mehr durch die mehrheitliche Zustimmung oder Unterwerfung gegeben ist, greifen die Staaten zum nackten Terror. Parlamente werden dann überflüssig. Beispiele sind der Hitlerfaschismus in Deutschland oder der Pinochetfaschismus in Chile.

7. Wozu braucht es die AfD?

Aktuell ist es die AfD, die die Rechtsentwicklung in der BRD vorantreibt. Die AfD macht die Vorgaben. Die Regierungsparteien setzen immer mehr rassistische und militaristische Forderungen der AfD um.

Seit der faktischen Abschaffung des Asylrechts haben Regierungskoalitionen Schritt für Schritt die Forderungen rechtsradikaler Gruppierungen umgesetzt. Auf EU-Ebene spielt die BRD eine besonders ekelhafte Rolle, die Gesetze gegen Geflüchtete zu verschärfen. (gemeinsamer Beschluss der EVP gemeinsam mit AfD und italienischen Faschisten zur Errichtung von Abschiebelagern in Drittstaaten, sog. §“Rückkehrzentren“)

Zu den militaristischen Positionen der AfD habe ich bei der Programmatik schon etwas gesagt.

Die AfD, die voraussichtlich in absehbarer Zeit verstärkt in Landesparlamenten vertreten sein wird, vielleicht sogar an die Regierung kommt, fährt eine Doppelstrategie.

Sollte die AfD ihren Anpassungsprozess im Sinne einer „Melonisierung“ fortsetzen, sich also klar zu Euro, EU und NATO bekennen, „hätte eine perspektivische Einbeziehung Vorteile für die Kapitaleseite. Die Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung, die sich von den etablierten Parteien abwenden, könnte nach rechts reintegriert werden. Die AfD gibt Krisenerfahrungen eine politische Form, indem sie diffuse ... Unzufriedenheit in Nationalismus, Autoritarismus und rassistische Spaltung übersetzt, ohne jedoch die Eigentumsverhältnisse zu berühren.“ S. Friedrich, a.a.O.

„Zugleich sind gerade die fundamentaloppositionellen, dem Faschismus zugeneigten Akteure eine sichtbare Drohung für den Fall, dass die Formierung scheitert.“ (Sebastian Friedrich, Ideal für autoritäre Formierung, jW, 8.5.26)

8. Wann und wozu braucht es Faschismus?

„Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Faschismus schweigen“, so der Sozialwissenschaftler Max Horkheimer.

Kühnl und Opitz, bundesdeutsche Faschismusforscher der 70er und 80er Jahre, haben sich mit den Formen bürgerlicher Herrschaft auseinandergesetzt. Für sie ist die parlamentarische, repräsentative Demokratie eine Form bürgerlicher Herrschaft, ebenso wie der Faschismus.

Sie untersuchten die unterschiedlichen faschistischen Erscheinungsformen in Deutschland, Italien, Spanien. Sie untersuchten die Herrschaftsformen, den Faschismus als Massenbewegung oder als reines Terrorregime.

Faschismus an der Macht heißt für sie:

- Absicherung der bestehenden Eigentumsverhältnisse
- Systematische Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals
- Schwächung bzw. Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung
- Nationalismus – Verfolgung alles Anderen, Fremden

Für die Faschismusforscher, auf die ich mich hier beziehe, steht die funktionale Seite politischer Herrschaft für die Sicherung ökonomischer Machtverteilung im Vordergrund. Darüber hinaus ist das Feld der Faschismusforschung riesig. Natürlich spielen viele weitere Faktoren noch eine Rolle: Ideologie, Rassismus, Militarismus, geschichtliche Erfahrungen, konkret erlebte politische und soziale Verhältnisse, Propaganda etc.

Die bürgerliche Demokratie erweist sich als die für die Herrschenden beste Regierungs- und Herrschaftsform. Solange die übergroße Mehrzahl der Bevölkerung mit den herrschenden Verhältnissen einverstanden ist, regiert es sich leichter. Solange die Widersprüche durch unterschiedliche Mittel geglättet werden laufen die Geschäfte. „Politische Herrschaft“ ist „zuverlässiger gesichert, wenn sie nicht auf Gewalt, sondern auf freiwilliger Zustimmung der Beherrschten basiert.“ (zitiert nach Klaus Weber, Ein Griff, um die Dinge zu bewegen, jW 8.5.26)
Die jeweilige Herrschaftsform hängt von den Notwendigkeiten des Machterhalts ab.

Eine Partei wie die AfD hält sich einerseits bereit für das Modell ‚bürgerliche Demokratie‘ mit verschärftem Sozial- und Demokratieabbau, aber auch für ‚gewalttätige Durchsetzung‘ kapitalistischer Herrschaft.

Die Ursachen für den Hitlerfaschismus wurden nach 1945 nicht beseitigt. Die Faschismusgefahr ist nicht gebannt. „Der Schoß ist fruchtbar noch“, heißt es bei Bertolt Brecht..

9. Faschismus im 21. Jahrhundert

Er wird oder würde sicher eine andere Form haben als der Nazifaschismus.

Bestimmte zentrale Kernpunkte kann man erwarten:

- Aufrechterhaltung und Stärkung des Privateigentums an Produktionsmitteln
- Schwächung oder das Verbot von Organisationen der Arbeiterbewegung – v.a. der Gewerkschaften und betrieblicher Räte
- Orientierung auf politische Führer
- Verbote oppositioneller Organisationen und Medien
- Einschränkung bzw. Abschaffung demokratischer Verfahren und liberaler Rechte
- Rassismus
- Militarisierung der Gesellschaft

- Regression zur bürgerlichen Kernfamilie mit „natürlichen“ Geschlechterrollen inklusive eines aggressiven Antifeminismus
- Ausgrenzung und Verfolgung „Andersartiger“

Aber wie nennen wir das, was im Moment passiert?

Begriffe dafür müssen die Gefahr benennen und gleichzeitig dürfen sie nicht durch ständige Alarmisierung abgenutzt werden.

In der Linken gibt es intensive Debatten darüber. Ich nenne einige Begriffe:

- Faschisierung
- Formierung
- Autoritarismus
- militaristisch-reaktionärer Staatsumbau
- Bonapartismus

Die Debatte darüber muss geführt werden.

Wir sollten das Prozesshafte der Entwicklung im Auge behalten. Noch ist nichts entschieden: wir sehen Tendenzen, wir sehen Gefahren, aber wir können Gegenkräfte entwickeln. Nicht immer führen faschistische Tendenzen zur Katastrophe.

Die Zeiten von Ku-Klux-Klan und McCarthy in den USA waren sicher nicht angenehmer als heute Trump und ICE.

Manches hat sich verbessert. Manches verschlechtert sich gerade massiv.

Bleiben wir wachsam!

Zurück zum Anfang: Faschismus und Militarismus sind nicht zu trennen. Wer gegen Militarisierung kämpft, kämpft auch gegen Faschisierung.

Die AfD ist einerseits das „Instrument, gesellschaftliche Unzufriedenheit nach rechts zu integrieren und einen autoritäreren Kapitalismus politisch abzusichern. Zugleich trägt sie das Potential in sich, sich zu einer offen faschistischen Partei zu entwickeln“ (Sebastian Friedrich, jungeWelt, Ideal für autoritäre Führung, 8.4.26)

Wehret den Anfängen!